

Neues aus Stelle

und aus

Achterdeich • Ashausen • Büllhorn
Fliegenberg • Rosenweide • Wuhlenburg



www.spd-stelle.de

An alle Haushalte

26.11.2015

SPD initiiert Beschwerde vorm Oberverwaltungsgericht Lüneburg gegen Erweiterung der Biogasanlage

Seit der Beendigung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahrens "Biogasanlage Lohchaussee (Erweiterung)" im September 2014 besteht Klarheit darüber, dass die SPD einer über den privilegierten Rahmen hinausgehenden Kapazitätserweiterung der Biogasanlage nicht zustimmen wird.

Der aktuelle Streit um die Biogasanlage hat allerdings einen anderen Grund.

Während die Biogasanlagenbetreiber mit der Gemeinde über eine Erweiterung der Kapazitäten und der baulichen Anlagen im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes verhandelten, wurde von ihnen im Mai 2014 parallel beim Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg eine Erhöhung der Produktion auf maximal 2,3 Mio. Normkubikmeter Biogasmenge pro Jahr, im Rahmen der vermeintlich bestehenden Privilegierung, beantragt.

Ein wesentlicher Teil dieser Beantragung ist die Errichtung eines Gaslagers mit dem Durchmesser von 34 m und einer Gesamthöhe (Gaskuppel) von 16,5 m über dem Boden. Insbesondere die über den Horizont hinausragende, in ihrer Form landschaftsferne Gaskuppel setzt eine weithin sichtbare Landmarke, die damit das Eingreifen gewerblich-industrieller Produktion in die bisher noch intakte Landschaft markiert. Die Höhe des Gaslagers und das Gefahrenpotential durch die

erhöhte Gasmenge waren sowohl den Bürgern, insbesondere des benachbarten Wohngebietes, als auch SPD, BIGS und Grünen ein Dorn im Auge, so dass mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU beschlossen wurde, das Einvernehmen der Gemeinde Stelle zur Erweiterung der Biogasanlage zu versagen.

Seitens der Verwaltung und durch Bürgermeister Sievers wurde mehrfach ausdrücklich erklärt, dass die Versagung des Einvernehmens fristgemäß erfolgt sei.

Wie sich zeigt, hat sich dies als grobe Fehleinschätzung erwiesen, denn das Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg beruft sich darauf, dass die Gemeinde Stelle nicht fristgerecht ihre Stellungnahme abgegeben hätte. Zur Wahrung der Interessen der Gemeinde Stelle nach Erteilung der Baugenehmigung durch das Gewerbeaufsichtsamt blieb nur die Möglichkeit, Widerspruch einzulegen und letztendlich Eilantrag beim Verwaltungsgericht Lüneburg gegen die Ersetzung des Einvernehmens durch das Gewerbeaufsichtsamt einzureichen. Da die abschlägige Entscheidung des Verwaltungsgerichtes ausschließlich auf der nicht eingehaltenen Frist bei der Einvernehmensversagung fußt, blieb nur die Möglichkeit,

hiergegen Beschwerde einzulegen. Die SPD hofft darauf, dass in der übergeordneten Instanz nicht nur



Fristversäumnisse beurteilt werden, sondern auch inhaltlich auf die Ablehnung des Vorhabens eingegangen wird.

Die mit Ratsmehrheit von SPD, BIGS und Grünen eingelegte Beschwerde ist die letzte Chance, dass eine rechtliche Beurteilung der vorgebrachten Sachargumente gegen die Erweiterungspläne der Biogasanlagenbetreiber erfolgen kann. Und dass die Entscheidung eines Verwaltungsgerichtes nicht zwangsläufig Bestand hat, konnte die Stadt Winsen erst kürzlich in Sachen Schweinestall erfahren, indem das Oberverwaltungsgericht das Urteil der ersten Instanz kippte.

Die SPD macht sich dafür stark, dass die schon ins damalige Verfahren eingebrachten 40 Einwände der Bürgerinnen und Bürger gegen die Planung nicht unbeachtet bleiben.

Bedauerlich ist, dass die sachliche Auseinandersetzung von Seiten der SPD bei der Abwägung der

[weiter auf Seite 2](#)

öffentlichen Belange gegen die privaten Belange der Betreiber mit persönlichen Angriffen seitens der CDU in der Presse beantwortet wird.

Dies gilt leider auch für die Einsichtnahme der Messwerte zum Steller Grundwasser. Schon im April 2014 wurde die Verwaltung gegen den Widerstand der CDU beauftragt, die Messwerte aller Vorfeldmessstellen im Gebiet der Gemeinde zu beschaffen.

Vor dem Hintergrund hoher Nitratbelastung des Grundwassers im nord-deutschen Raum setzten

sich die Fraktionen von SPD, Grünen und BIGS für die Einholung eines „Nachhaltigkeitsgutachens“ ein, um die Entwicklung des Steller Grundwassers genauer zu untersuchen.

Erst im Mai 2015 wurden die Messwerte dem Rat vorgelegt. Auch wenn diese Daten (mit einer Ausnahme) eine überdurchschnittliche Belastung nicht unmittelbar erkennen lassen, bleibt es für uns doch unverständlich, warum diese fast ein Jahr „unter Verschluss“ gehalten wurden.

Die von Seiten der CDU kritisierten hohen Kosten für die Einholung der

Messwerte belaufen sich übrigens auf lediglich 300 EUR. So viel sollte unserer Gemeinde die Kontrolle der Wasserwerte wert sein. Die SPD wird jedenfalls auch in Zukunft darauf drängen, dass die Messwerte regelmäßig durch die Gemeinde geprüft werden.



Alexander Deierling
SPD Vorstand



Manfred Leschinski
SPD Ratsmitglied

Leben und Wohnen in Stelle

In den vergangenen Jahren sind viele Gebiete (Ashausen – Kiesturm, Stelle – Oldendorpsfeld-West, Fliegenberg – Steller Chaussee) für den Wohnungsbau gut erschlossen worden.

Ein weiteres Gebiet wird aktuell noch für den Wohnungsbau beplant (Grasweg-West).

Auf alle Ortsteile verteilt verfügt die Gemeinde Stelle jetzt über eine Einwohnerzahl von annähernd 11.000. Zeit, um sich grundsätzlich darüber Gedanken zu machen, wie unser Ort weiter entwickelt werden soll.

Ich bin der Meinung, dass es nunmehr darauf ankommt, die innere Erschließung aktiv zu fördern.

Als Maßnahmen könnten zum Beispiel dienen:

Erleichterung der Erschließung von im rückwärtigen Bereich von Grundstücken liegende Bauflächen (Pfeifenstielgrundstücke)

Programm: Jung kauft alt – jüngere Wohnungssuchende sollen mit älteren Einfamilien-Hauseigentümern zusammengeführt werden, um einen fairen Verkauf zu erleichtern.

Vermieden werden soll durch diese Ausrichtung die Entstehung eines Siedlungsbrems und eine zunehmende Verstädterung unseres Gemeinwesens.

Zunächst gilt es:

- das attraktive Wohnumfeld erhalten,
- das naturnahe Wohnen in den Ortsteilen sichern.

Diese erste Gedankenansätze werden innerhalb der SPD weiterentwickelt.

Hierbei werden wir die Bürger mit einbeziehen.



Bernd Henke
SPD-Fraktionsvorsitzender im Steller Gemeinderat

Neue Kita Gebühren

Nachdem es in Stelle 1998 die letzte Erhöhung der Kita-Gebühren (Gebühren für Krippe, Kita und Hort) gab, hat der Gemeinderat im Juli dieses Jahres erstmalig wieder Änderungen beschlossen. Konsensbestand zwischen den Fraktionen hinsichtlich einer Entlastung der Geringverdiener.

Auf Initiative der SPD und der Grünen wurde der Geschwisterrabatt für das zweite Kind fraktionsübergreifend auf 50 % **gesenkt**. Das dritte Kind ist **gebührenfrei**.

Das mit einer Mehrheit von CDU und BIGS verabschiedete Modell führt allerdings zu einem starken Anstieg der Kita-Gebühren in der Spitze. So müssen beispielsweise alle Eltern mit einem Familieneinkommen von mehr als 5.000 EUR im Monat für einen Ganztagesplatz in der Krippe fast 40% mehr zahlen als nach dem alten Modell.

Die SPD hatte sich ebenfalls für einen Anstieg der Gebühren für Besserverdienende ausgesprochen. Allerdings sollte nach unseren Vorstellungen der Anstieg moderater erfolgen.

Außerdem setzten wir uns für die Schaffung weiterer Einkommensstufen ein, da Familien mit einem monatlichen Gesamteinkommen von knapp über 5.000 EUR kaum als Spitzenverdiener bezeichnet werden können. Neu ist eine Einkommensberechnung in sechs Stufen, vorher fünf.

Eine siebte Stufe im oberen Einkommensbereich, um auch dort soziale Gerechtigkeit zu erreichen, wurde von den anderen Parteien nicht mitgetragen.



Martina Köse
SPD Ratsmitglied

Besondere Ereignisse erfordern besondere Maßnahmen

Die Bewältigung der Aufnahme von Flüchtlingen verlangt von allen Beteiligten große Anstrengungen. Insbesondere dem großen Einsatz und der hohen Motivation des ehrenamtlichen Helferkreises gebührt großer Respekt und unser aller Dank.

Dies ist ein wertvoller Beitrag zur Integration der Kriegsflüchtlinge. Ohne die zahlreichen Helfer von u.a. DRK, Johanniter Unfallhilfe, Freiwilliger Feuerwehr und Kirchen bei der im Rahmen der Amtshilfe der Kreisverwaltung für das Land zu leistenden Erstaufnahme hier im Landkreis, wäre die notwendigen ersten Schritte nicht zu bewältigen.

Das Werkstattgespräch der SPD am 9. Oktober 2015 in Ashausen beleuchtete, was bislang auf verschiedenen Ebenen in die Wege geleitet wurde und was noch anzufassen ist, damit die Integration gelingen kann. Es wurde deutlich, dass die Politik umfassend handeln müsse, damit anerkannte Flüchtlinge eine Chance auf Wohnung und Arbeit bekommen. Der soziale Wohnungsbau muss einen viel höheren Stellenwert wie in den letzten Jahren erhalten. Für die Umsetzung des sozialen Wohnungsbaus setzt sich die SPD bei Planungen zukünftiger Baugebiete verstärkt ein.

Flüchtlingsveranstaltung der SPD in Behn's Gasthaus stiess auf große Resonanz

Rund 120 Teilnehmer wurden beim Werkstattgespräch der SPD in Behn's Gasthaus in Ashausen gezählt. Damit stiess das Werkstattgespräch "Flüchtlingspolitik: Willkommenskultur - und dann", zu dem der SPD-Ortsverband Stelle gemeinsam mit dem Unterbezirk der SPD eingeladen hatte, auf große Resonanz.

Erfreut über den Zuspruch zur Veranstaltung zeigten sich der Kreisvorsitzende Thomas Grambow, und die moderierenden Svenja Stadler (MdB), Michael Feske (OV-Vorsitzender) und Alexander Deierling (UB- und OV-Vorstand).



Gerhard Koch, Michael Feske, Birgit Honé, Thomas Grambow, Svenja Stadler, Kai Uffelmann, Robert Isernhagen

Von Seiten des Flüchtlingskoordinators Gerhard Koch und von Robert Isernhagen, dem allgemeinem Vertreter des Bürgermeisters Uwe Sievers wurde mitgeteilt, dass bei der Zuweisung der gerade am 8.10.15 neu angekommenen 23 Asylbewerber mit dem Bezug der zweiten Unterkunft in Stelle begonnen wurde, wobei die Zimmer nun mit jeweils 3 Personen belegt wurden.

Die Belegung mit 3 statt wie bisher 2 Personen pro Zimmer hatte Landrat Rempe gerade mit den Bürgermeistern des Landkreises Harburg beschlossen, um sicher zu stellen, dass die Flüchtlinge im Winter nicht in Zelten oder in Turnhallen untergebracht werden müssen.

In Stelle sind in beiden Unterkünften Ende Oktober insgesamt 110 Flüchtlinge untergebracht, wobei die neue Unterkunft insgesamt nunmehr bis zu 90 Personen aufnehmen kann. Dies stellt erhöhte Anforderungen an das Betreuungspersonal der Betreiberfirma Human Care, machte eine Teilnehmerin, die selbst zum Helferkreis in Stelle gehört, deutlich. Sie wies darauf hin, dass schon jetzt für die sozialpädagogische Betreuung nicht hinreichend Personal vor Ort ist. Dies nahm der 1. Kreisrat Kai Uffelmann mit auf den Weg, er versprach die ehrenamtlichen Helfer zu unterstützen, und diese Problematik mit den Beteiligten zu klären.

Robert Isernhagen wies auf deutlich höheren Flächenbedarf für die Schaffung von sozialen Wohnraum hin.

Die höheren finanziellen Belastungen der Gemeinde, z.B. erhöhte Kreisumlage gehe zu Lasten des Baus von Straßen und Schulen.

Er kündigte an, dass der Landkreis bereits mehrere neue Standorte in den Ortsteilen der Gemeinde Stelle dahingehend untersuche, ob sie für Unterkünfte geeignet seien. Diese lägen sowohl in der Peripherie als auch in zentraler Ortslage. Sobald weitere Standorte nach Prüfung des Landkreises in Frage kommen, werden diese den Bürgern vor Ort vorgestellt.

Gerhard Koch hob die vielen Unterstützungs- und Integrationsleistungen hervor, wie Internationales Cafe im kirchlichen Gemeindehaus, Begleitung zum Arzt, zur Apotheke und zur Behörde durch Patenschaften für Neuankömmlinge, verkehrssichere Spendenfahrräder und Fußball-training. Erfreulich ist, dass der Helferkreis mittlerweile auf 70 Bürgerinnen und Bürger angewachsen ist. Kritisch bemerkte er die bürokratischen Hürden für anerkannte Flüchtlinge, die es verhindern Arbeit zu finden, z.B. die Anfrage bei der Zentralstelle in Dortmund, ob niemand anderes in Europa für den Arbeitsplatz in Frage kommt.

Kai Uffelmann stellte die immens schwierig zu bewältigende Aufgabe des Kreises dar, mit den Gemeinden Standorte für Unterkünfte zu finden. Zur Koordinierung und Bewältigung der Betreuungs- und Versorgungsaufgaben für die Flüchtlinge ist bei der Kreisverwaltung eigens eine neue Abteilung "Migration und Flüchtlinge" mit 40 Beschäftigten dauerhaft eingerichtet worden.

Forts. Von Seite 3

Birgit Honé, Staatssekretärin für regionale Landesentwicklung und Europa aus der niedersächsischen Staatskanzlei in Hannover zeigte auf mit welchen Mitteln dem Flüchtlingsansturm begegnet werden soll. Insgesamt sei die Flüchtlingssituation aber weder auf Bundes- noch auf Landesebene zu bewältigen; es muss eine internationale Lösung gefunden werden.

Zur Zeit kommen bis zu 1000 Flüchtlinge pro Tag in Niedersachsen an, sodass phantasievolle Lösungen gefragt sind, z.B. das Messegelände in Hannover. Die meisten Flüchtlinge kommen aus Syrien (46400), Afghanistan (11500) und Irak (9000), also aus Kriegsgebieten. Die gigantische Flüchtlingsbewegung hat in Niedersachsen dafür gesorgt, dass bis Anfang September 2015 15300 Erstaufnahmeplätze eingerichtet werden mussten, gegenüber 1700 Plätzen im Jahre 2013. 7000 weitere Plätze sollen bis Ende des Jahres geschaffen werden. Zur Zeit gibt es 13000 Plätze in Notunterkünften. Mit Blick auf den Winter sind schnelle Lösungen gefragt. Birgit Honé kündigte an, dass in Niedersachsen in dieser Woche ein zweiter Nachtragshaushalt im Landtag verabschiedet wird, der auch zur finanziellen und organisatorischen Entlastung der Kommunen beitragen soll.

Zur Entschärfung der Situation im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme sind folgende Maßnahmen im zweiten Nachtragshaushalt geplant:

Um den vordringlichen Bedarf an Unterbringungsplätzen zu decken, sollen kurzfristig bis zu 25000 Plätze in Notunterkünften der niedersächsischen Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen werden. Hierfür sollen der Landesaufnahmehilfe Niedersachsen insgesamt 148 Millionen Euro für die Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge bereitgestellt werden. Außerdem sind Finanzmittel für die Bereitstellung von 700 zusätzlichen Stellen für die Förderung von Flüchtlingskindern in Schulen vorgesehen sowie 5 Millionen € für die Erwachsenensprachförderung.

Im Sozialetat werden zusätzlich 16 Millionen € eingestellt, davon 5 Millionen € für die Flüchtlingssozialarbeit, 1 Million Euro für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe und 10 Mill. € für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge.

Auf planungsrechtlicher Ebene wurde schon Ende 2014 ein Gesetz geschaffen über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen z.B. Zulässigkeit von Anlagen für soziale Zwecke in Gewerbegebieten.

In der Abschluss-Diskussion waren überwiegend positive Stimmen in Bezug auf die Willkommenskultur aus dem Zuhörerkreis zu vernehmen.

Integration müsse vom ersten Tag an erfolgen, nicht erst nach mehreren Monaten, damit wir

vermeidbare Probleme nicht produzieren. Ein Zuhörer brachte aber auch seine Befürchtung zur Sprache, dass die Leidtragenden die Bürger, insbesondere Familien mit Kindern, seien, wenn infolge der Flüchtlingspolitik Steuern und Gebühren erhöht werden müssen.

Ein Teilnehmer aus Buchholz wies darauf hin, dass am 21.10.15 ein erster runder Tisch "Sprachförderung aller Flüchtlingsinitiativen im Landkreis Harburg" stattfindet.

Zudem wurde eine situationsgerechte mehrsprachige Broschüre für die Flüchtlinge von der Bundes- oder Landesebene eingefordert, damit nicht jede Gemeinde auf sich allein gestellt ist. Ebenso ist eine Kreisweite Information nötig, damit nicht jede Gemeinde grundsätzliche Informationen selbst verfassen muss.

In einer Spendenbox wurden 105 Euro für die Flüchtlinge vor Ort gesammelt.

Besonderen Dank an alle Flüchtlingshelfer vor Ort sprachen die Referenten Birgit Honé, Kai Uffelmann, Robert Isernhagen und Gerhard Koch sowie die SPD-Vertreter gleichermaßen aus.

Manfred
Leschinski
SPD Stelle



Kommt nach dem „Y“ jetzt das „Alpha“?

Sie bewegt die Gemüter in der Region: Die Diskussion um die sogenannte "Y-Trasse" ist in vollem Gange. Bürgerinitiativen landauf landab formieren sich im Widerstand gegen die Planung der Bahn, noch mehr Gütertransporte durch unseren Landkreis zu leiten und dabei Mensch und Natur in Mitleidenschaft zu ziehen.

Nachdem sich die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der „alten“ Y-Trassenplanung aus dem Jahr 2001 verändert haben und neue Prognosen zum zukünftigen Güterverkehr erstellt wurden, standen verschiedene Alternativen für den Güterverkehr zur Debatte. Im Rahmen des „Dialogforum Schiene Nord“ haben Politiker der Städte und Gemeinden sowie Bürgerinitiativen und Interessengruppen aus unserem Landkreis bis Ende des Jahres Gelegenheit, zusammen mit der Deutschen Bahn sowie dem Land Niedersachsen den Prozess zur Findung der Alternative mit dem höchsten Konsensgrad mit zu gestalten.

Derzeit schält sich die sogenannte „Alpha-Variante“ als Favorit heraus: „Ausbau statt Neubau“ heißt der Vorschlag von Kirsten Lühmann, Verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, der auf Neubau verzichten, den Lärmschutz verbessern und eine zeitlich schnellere Realisierung ermöglichen soll. Dazu hat sich aus dem Gremium des Dialogforums eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Vorschlag von Kirsten Lühmann weiter zu verfolgen.

Es sieht alles danach aus, dass die Bahn aus „Stuttgart 21“ gelernt hat und mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern einen beispielhaften Konsens finden kann.

Flüchtlinge: Eine Herausforderung für den Landkreis



Die Abteilung „Soziales“ des Landkreises muss täglich neu die Aufnahme einer ständig wachsenden Zahl von Flüchtlingen bewältigen.

Die Lage spitzt sich durch das Amtshilfeersuchen der Landesregierung zu. In kurzer Zeit wurde eine hohe Anzahl von Flüchtlingen in die Kreisstadt gebracht.

Es ist ein großer Einsatz der Verwaltung unter der Leitung des Fachbereichsleiter Rainer Kaminski nötig. Spürbar ist das Bestreben der Kreisverwaltung, die Probleme menschenwürdig und organisatorisch erträglich zu meistern. Zusätzlich stehen viele ehrenamtliche Unterstützer/innen bereit, die in Not geratenen Menschen zu empfangen und zu versorgen.

Aufgabenbereiche, die durch den Flüchtlingsstrom entstehen:

- Suche und Schaffung von Unterkünften in allen Regionen des Landkreises
- Registrierung der Flüchtlinge
- Organisation der Betreuung der Flüchtlinge durch sozialpädagogische Fachkräfte und Unterstützung von ehrenamtlichen Strukturen vor Ort
- Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen

Deutschkurse durch die Kreisvolkshochschule

- Einrichtung von Beratungsstellen und Dolmetscherpool
- Beschäftigungsangebot für Flüchtlinge

Die SPD-Kreistagsfraktion hat mehrere Anträge zu diesem Bereich gestellt:

Schaffung eines Dolmetscherpool, mehr Deutschkurse, eine Expertenanhörung zur Schaffung von Wohnraum, mehrere Anfragen zur Unterbringung der Flüchtlinge.

Allein kann der Landkreis diese Herausforderung weder finanziell noch personell lösen. Das Land Niedersachsen und der Bund haben inzwischen finanzielle Unterstützung beschlossen. Ob das reicht, ist sicher noch nicht vorhersehbar.

Die Beratung des Haushaltes 2016/2017 wird in allen Bereichen stark davon geprägt sein, welche Mittel für den Bereich Flüchtlinge aufgebracht werden müssen.

Kristina Schneider
Mitglied des Sozialausschusses des LK
Harburg



Neues Gewerbe – nicht um jeden Preis

Gewerbeansiedlungen sind auch in der Gemeinde Stelle zwingend erforderlich, um aus den Gewerbe-trägen Maßnahmen im sozialen Bereich mit zu finanzieren. Dieser nachvollziehbare Wunsch kann die SPD aber nicht davon befreien, Abwägungen vorzunehmen.

Abzuwägen ist, ob die Bau-maßnahmen in Übereinstimmung stehen mit den Festsetzungen des geltenden Bebauungsplanes.

Dies ist im Fall der „Deutsche Derustit“ nicht gegeben.

Unter anderem würde durch einen Abgaskamin mit einer Höhe von 35 m die Überschreitung der Höhe der Silo- und Förderanlagen und ähnlicher Anlagen um 20 m erfolgen.

Aus Naturschutzbelangen – Nähe der Reiherkolonie und aufgrund der

bestehenden Kulturlandschaft – hat man sich 1988 viele Gedanken um eine harmonische Eingliederung von Gewerbebetrieben gemacht. Mit der Überformung der Land-schaft durch den weithin sichtbaren Kamin würde das bisher kaum wahrnehmbare Gewerbegebiet (Fachenfelde – westlich der Uhlenhorst) optisch dominiert.

Im Ergebnis entspräche das Vorhaben nicht den städtebaulichen Vorgaben, also dem geltenden Bebauungsplan.

Wie aus der bisherigen Presse-berichterstattung zu erfahren, handelt es sich bei dem ansiedlungswilligen Betrieb um ein Unternehmen, in dem in offenen Bädern mit giftigen und ätzenden Chemikalien, u.a. Flusssäure, umgegangen wird.

Die SPD ist der Meinung, dass ein

derartiges Unternehmen nicht in ein derartiges Gewerbegebiet gehört. Zweifel bestehen ferner, ob unsere Rettungseinrichtungen im Falle einer Havarie im Produktion-sprozess angemessen ausgerüstet sind.

So sehr uns auch bei knappen öffentlichen Kassen ein neuer Gewerbesteuerzahler gut zu Gesicht stehen würde, steht die SPD nach erfolgtem Abwägungsprozess dem Ansiedlungs-willen ablehnend gegenüber.



Bernd Henke
SPD Fraktionsvor-sitzender

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ob Angela Merkel mit ihrer Aussage „Wir schaffen das“ die Flüchtlinge quasi dazu eingeladen hat zu uns zu kommen, ist schwer zu beurteilen.

Ich glaube es war in erster Linie als Appell an unsere Gesellschaft gemeint.

Fakt ist jedenfalls: es kommen viele Flüchtlinge zu uns, weil sie zu uns kommen wollen und ein geregeltes europäisches System fehlt. Ich denke nicht, dass Zäune die Menschen aufhalten werden. Wer vor Krieg, Elend und Tod geflohen ist, den beschwerlichen Weg nach Europa angetreten hat, der wird an einem Zaun nicht Halt machen.

Von Anfang 2014 bis Ende 2015 werden schätzungsweise 1,3 Millionen Menschen zu uns gekommen sein. Nicht die schiere Anzahl an Flüchtlingen, sondern der Zeitraum indem sie - insbesondere in den letzten Monaten - zu uns gekommen sind, bereitet vielen Menschen Sorgen und stellt uns vor Probleme. Den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern kann man an dieser Stelle nicht genug für ihr Engagement danken.

Ohne sie wären die Behörden heillos überfordert.

Es gilt jetzt den Blick nach vorne zu richten und zu überlegen welche Hilfe die Flüchtlinge in Zukunft benötigen und wie diese bereitgestellt werden kann. Wir haben diese Fragen auf einer Podiumsdiskussion mit Vertretern des Landes, des Kreises und der Gemeinde gestellt.

Schließlich sehe ich in den Gesprächen in Wien, unter Einbeziehung der USA, Russlands und Iran, auch ein Pflänzchen der Hoffnung auf Frieden in Syrien.

Wie hat Kofi Annan dieser Tag gesagt: „Kein Krieg dauert ewig“.

Die jetzt beginnende Adventszeit und das bevorstehende Weihnachtsfest sollte uns daran erinnern, dass das bevorstehende Fest ein Fest der Nächstenliebe ist. Unabhängig von der Religionszugehörigkeit sollten wir die Flüchtlinge daran teilhaben lassen.

Im Namen des SPD Ortsverein Stelle wünsche ich ihnen eine schöne Adventszeit, ein Frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.



Michael Feske

Ortsvereinsvorsitzender